



Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

- **Innovativer Vorschlag zur Staatsfinanzierung** Seite 1
- **Auswirkungen des demographischen Wandels auf die NATO** Seite 2
- **Deutsche Klimapolitik der Zukunft: subglobal und multilateral** Seite 3
- **World Wide Web: Mission Weltverbesserung gefährdet?** Seite 4
- *Pro & Contra:*
Führen Truppenaufstockungen in Afghanistan zum Frieden? Seite 4
Pro: Entsprechende Aufstockungen können das Land befrieden
Contra: Keine Aufstockungen: Ausweg lokale Verteidigungskräfte! Seite 5
- **Indikatoren für die Beendigung von Aufständen** Seite 5
- **Nebenwirkung des Militärs: mehr Energie für Entwicklungsländer** Seite 6
- **Frauen verbessern die Bilanz bei multinationalen Konzernen** Seite 6
- **Die Santiago-Prinzipien bei Staatsfonds müssen eingehalten werden** Seite 7
- **Rettet die Nabucco-Pipeline!** Seite 8
- **G20 sollten auf die BRICK-Schwellenländer setzen** Seite 8
- **Mehr Unternehmergeist für Entwicklungsländer** Seite 9

Innovativer Vorschlag zur Staatsfinanzierung

Jacques Delpla und Jakob von Weizsäcker, The Blue Bond Proposal, *Bruegel*, 06.05.2010

Die Griechenlandkrise zeigt das wahre Problem der Eurozone: Der Staatsbankrott eines Eurolandes hat systemische Konsequenzen, und diese gefährden die Währungsunion als Ganzes. Um das zu vermeiden, muss die Eurozone ein finanzpolitisches Paradoxon lösen: Staatsanleihen müssen gleichzeitig niedrige sowie hohe Renditen (*yields*) erbringen: niedrige Renditen, damit Staaten leichter ihre Staatsschulden bedienen können; hohe Renditen, um einem finanzpolitisch unverantwortlichen Verhalten entgegenzuwirken.

Dieser vermeintliche Widerspruch ließe sich durch einen innovativen Ansatz in der Handhabung von Staatsschulden lösen. Danach müssten Staatsanleihen in zwei Kategorien aufgeteilt werden: Ein Teil wird als „blaue“ Staatsanleihen (*blue bond*)

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 22.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service. Die *Global Must Reads* erscheinen auf Deutsch und in einer internationalen Ausgabe auf Englisch.

Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67
10117 Berlin
Germany

Tel: +49.30.206 337 88
Fax: +49.30.246 303 633

www.atlantische-initiative.org
info@atlantische-initiative.org

Vorstand

Dr. Johannes Bohnen
Jan-Friedrich Kallmorgen

Beirat

Dr. Rudolf Adam
Dr. Ronald D. Asmus
Prof. Dr. Arnulf Baring
Dr. Christoph Bertram
Carl-Eduard von Bismarck
Dr. Philip v. Boehm-Bezing
Dr. Mark Brzezinski
Jürgen Chrobog
Thomas L. Farmer
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger
Dr. Jeffrey Gedmin
Prof. Dr. Helga Haftendorn
Dr. John C. Hulsman
Dr. Michael J. Inacker
Dr. Jackson Janes
Marvin Kalb
Dr. Walther Leisler Kiep
Eckart von Klaeden
Hans-Ulrich Klose
John Kornblum
Dr. Charles Kupchan
Alexander Graf Lambsdorff
Prof. Dr. Kurt J. Lauk
Dr. Beate Lindemann
Heike MacKerron
Dr. Norbert Otten
Cem Özdemir
Ruprecht Polenz
Avi Primor
Andrew Rasiej
Prof. Dr. E. Sandschneider
Prof. Dr. h.c. Horst Teltchik
Karsten D. Voigt
Lord Wallace

Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.
Bankhaus Löbbecke AG
Bankleitzahl: 100 30 500
Kontonummer: 12 57 95 00

Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701
USt-IdNr.: DE 252416799

herausgegeben, während der andere Teil als „rot“ (*red bond*) klassifiziert wird. Staaten dürfen Schulden in Höhe von bis zu 60% des BIP als „blau“ deklarieren. Die „blauen“ Staatsanleihen sollten die Eurostaaten als gesamtschuldnerische Bürgschaft gemeinsam herausgeben. Dieser gemeinsame Euro-Staatsanleihenmarkt kann einen Wert von 5,6 Mrd. Euro erreichen, nur knapp hinter dem Marktanteil der US-Staatsanleihen (dem U.S. Treasury Bill), der bei 8,3 Mrd. US-Dollar liegt. Ähnlich wie der U.S. Treasury Bill sind diese gemeinsamen europäischen Staatsanleihen (der *blue bond*) somit sichere Anleihen, die eine AAA Bewertung erhalten. Dies ermöglicht Mitgliedsstaaten einen relativ günstigen Zugang zu Geld. Auch wird die hohe Liquidität der „blauen“ Staatsanleihen dem Euro zum Status einer zweiten Reservewährung nach dem Dollar verhelfen. Den *blue bonds* mit ihrer niedrigen Rendite stehen die „roten“ Staatsanleihen (*red bonds*) gegenüber, die alle Schulden betreffen, die über die 60%-Grenze hinausgehen. Diese roten Staatsanleihen gelten als weniger sicher, und jeder Staat, der sie ausgibt, muss dafür eine höhere Rendite zahlen. Dies soll die finanzielle Verantwortung fördern, da es nicht im Interesse eines Staates ist, seine Schulden durch die roten Staatsanleihen zu finanzieren. Auch werden im Notfall die roten Staatsanleihen zuerst unter Druck geraten, während blaue Staatsanleihen weiterhin relativ stabil bleiben. Dies vermindert die Gefahr für das System als Ganzes, vor allem da bei verantwortungsloser Haushaltsführung die steigenden Zinsen auf die *red bonds* eines Landes als Warnzeichen für die Finanzmärkte und die Währungsunion dienen. Damit wäre Ländern wie Griechenland im Krisenfall eher gedient als mit dem heutigen System, das zwar *de jure* ein gegenseitiges Einstehen garantiert, aber *de facto* die Ausführung außen vor lässt. Für Staaten wie Deutschland würde es die Wahrscheinlichkeit verringern, unerwartet für ein anderes Mitgliedsland einspringen zu müssen.

Voraussichtlich werden die hohe Liquidität und Sicherheit der blauen Staatsanleihen ihre Attraktivität für Anleger vor allem in Asien erhöhen. Damit werden die Kosten der Bedienung ihrer Schulden für EU Mitgliedsstaaten im Schnitt um 10% gesenkt. Um die Finanzdisziplin zu verbessern, dürfen nur Länder mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik Staatsanleihen in der vollen Höhe der vorgesehenen 60% ausgeben. Um die Zuteilung der selbstschuldnerischen Bürgschaften gerecht unter den teilnehmenden Ländern zu verteilen, ist die Schaffung eines unabhängigen Stabilitätsrats empfehlenswert, über dessen Vorschläge die Parlamente der Mitgliedsstaaten abstimmen. [Mehr...](#)

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die NATO

Phillip R. Cuccia, Implications of a Changing NATO, *Strategic Studies Institute*, 21.05.2010

Ein Thema, das bei den Diskussionen zum neuen strategischen Konzept der NATO mehr Gehör finden sollte, sind die Auswirkungen des demographischen Wandels in Europa auf die Allianz. Natürlich stellt auch weiterhin die Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten darüber, wie genau eine äußere Bedrohung zu definieren ist, die größte interne Bedrohung der NATO dar. Doch gerade der demographische Wandel droht den fragilen Konsensus zu dieser Frage noch weiter zu untergraben.

Die europäische Gesellschaft wird einerseits immer älter, andererseits nimmt der Anteil der Muslime immer mehr zu: Bis 2020 werden 10% der Bevölkerung dem Islam angehören. Für die NATO wird bereits der Alterungsprozess der Gesellschaft zum Problem: Sinkende Rekrutenzahlen werden es den Militäreinheiten Europas schwer machen, genügend starke Einheiten einsatzbereit zu halten. Die steigende Zahl der Rentner wird gleichfalls problematisch für die NATO: die Rentensysteme in den europäischen Sozialstaaten werden in den kommenden Jahrzehnten mehr Geld verschlingen als je zuvor. Knappe Kassen werden die Verteidigungsetats der NATO Mitgliedsstaaten in Europa schrumpfen lassen. Beide Faktoren – fehlende Rekruten und ein Überschuss an Pensionären – werden dazu führen, dass die USA mehr Aufgaben als bisher schultern müssen. Dies wird zu Spannungen in der Allianz führen, gleich ob sich die NATO Mitglieder in den kommenden Jahren nun auf eine mehr globale oder lediglich kollektiv europäische Verteidigungsstrategie einigen. Weitaus bedrohlicher für den internen Konsens wird jedoch die wachsende Anzahl Muslime werden, vor allem in Bezug auf NATO-Einsätze im Nahen Osten. Auf Grund religiöser wie kultureller Affinität wird dieser Teil der europäischen Bevölkerung solchen Einsätzen sehr skeptisch gegenüber stehen. Denn im Nahen Osten ist die NATO höchst unbeliebt, nicht zuletzt wegen der Mitgliedschaft der

Türkei. Auch werden muslimische Bürger kaum NATO-Operationen in anderen islamischen Ländern unterstützen.

In den kommenden Jahren wird mit einiger Wahrscheinlichkeit die Notwendigkeit der Existenz der Allianz für etliche Teile der europäischen Bevölkerung immer weniger nachvollziehbar werden. Während für die eine Gruppe finanzielle Bedenken ausschlaggebend sein werden, spielen bei der anderen Gruppe religiöse Überzeugungen eine Rolle. Die europäischen Staaten werden sich vermehrt auf Fragen der inneren Sicherheit konzentrieren müssen und weniger Spielraum für außenpolitisches Engagement haben. Besonders für NATO-Missionen außerhalb Europas werden beide demographischen Tendenzen – die alternde Bevölkerung und der steigende Prozentsatz der Muslime – eine große Herausforderung darstellen. Dies kann zu einer ernstzunehmenden inneren Bedrohung für die weitere Existenz der NATO werden. [Mehr...](#)

Deutsche Klimapolitik der Zukunft: subglobal und multilateral

Klimapolitik nach Kopenhagen: Auf drei Ebenen zum Erfolg, *Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung*, April 2010

Nach der gescheiterten internationalen Klimakonferenz in Kopenhagen muss Deutschland dringend seine Vorreiterrolle in der Klimapolitik wiederbeleben. Bisher gab es weder einen verbindlichen Zeitplan noch Sanktionsmöglichkeiten, um Staaten zur Einhaltung ihrer Klimaversprechen zu bewegen. Für Deutschland gilt, die Weichen für die Zukunft der internationalen Klimadiplomatie zu stellen, damit die Erhöhung der globalen Mitteltemperatur um mehr als 2°C verhindert werden kann. Deutschland sollte sich daher auf drei Ebenen besonders für den Klimaschutz einsetzen.

1. Deutschland muss die europäische klimapolitische Glaubwürdigkeit durch seine Vorbildfunktion stärken. Es muss die EU anspornen, statt der angestrebten 20%-Minderung eine 30%-Reduktion der Treibhausgase bis 2020 zu erreichen. Wie kein zweites Land demonstriert es so die Umsetzbarkeit von Klimaschutzmaßnahmen. Aber auch lokale Akteure wie Städte und zivilgesellschaftliche Initiativen verdienen mehr Aufmerksamkeit und Förderung. Des Weiteren muss bis 2050 eine kontinentale Einspeisevergütung und eine europäische Vollversorgung mit erneuerbaren Energien angestrebt werden.
2. Deutschland muss subglobale klimapolitische Allianzen formen. Die USA und China blockieren sich gegenseitig und lähmen somit die internationale Klimapolitik. Doch die Welt kann nicht warten, bis die Uneinigheiten zwischen den beiden Staaten geklärt sind. Europa muss in dieser Pattsituation subglobale Allianzen mit ausgewählten Partnern formen, um ein rechtsverbindliches Abkommen unter der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) zu erreichen. Dies beinhaltet die geografische Erweiterung des EU-Emissionshandels, eine Zusammenarbeit mit wichtigen Waldländern und strategische klimapolitische Infrastrukturverbesserungen. International sollte Deutschland Modelkoalitionen mit Schlüsseländern wie z.B. Brasilien, China und Indien eingehen, um gezielt Themenbereiche wie den Infrastrukturausbau anzugehen.
3. Deutschland muss die multilaterale Klimapolitik wiederbeleben. Dies betrifft besonders die Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel in gefährdeten Entwicklungsländern, wie das von Deutschland geförderte Amazonasschutzprogramm in Brasilien. Hier gilt es, die Finanzierungszusagen von Industrieländern einzuhalten und somit das Vertrauen in multilaterale Verbindungen zu stärken. Es ist ratsam, bei der UN-Klimarahmenkonvention das lähmende Konsensprinzip durch das Mehrheitsprinzip in der Entscheidungsfindung zu ersetzen. Zusätzlich muss die EU eine gestaffelte Mehrebenenpolitik schaffen, die sowohl auf Ansätze der Zivilgesellschaft („von unten“) als auch auf Allianzen zwischen Pionierländern setzt.

Die EU und Deutschland sind kurz davor, ihre Kyoto-Zusagen zu erfüllen. Dies setzt ein Zeichen und erhöht die Glaubwürdigkeit der Maßnahmen zum Klimaschutz. Denn die EU macht deutlich, dass eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls akzeptabel ist. Das Nachfolgeprotokoll wird weitreichende Reduktionsverpflichtungen mit einer größeren Zahl verpflichtend teilnehmender Staaten verbinden. Die Generaldebatte über die Klimaschutzmaßnahmen soll aber nicht nur auf höchster politischer Ebene, sondern auch in der Zivilgesellschaft geführt werden. Moderierte und themenzentrierte Internet-Foren, wie sie zur

Diskussion der EU-Verfassungs-Debatte eingesetzt wurden, können dabei die Bevölkerung direkt mit einbeziehen. [Mehr...](#)

World Wide Web: Mission Weltverbesserung gefährdet?

Evgeny Morozov, Think Again: The Internet, *Foreign Policy*, Mai/Juni 2010

Das Internet gilt als weltverbessernde Kommunikationstechnik. Es vernetzt politische Aktivisten und kann langfristig Frieden und Demokratie unterstützen. Doch auch wenn das Internet Toleranz fördert und nationale Grenzen überwindet, werden die hohen Erwartungen an seine weltverbessernden Qualitäten oft nicht erfüllt:

- „Twitter wird Diktatoren in die Knie zwingen!“: Internetplattformen wie Twitter, YouTube oder Flickr vereinfachen es, Informationen in Umlauf zu bringen, die eigentlich vom Staat kontrolliert und zensiert werden. Doch die Informationen, die im Internet z.B. von iranischen Oppositionellen verbreitet wurden, dienten auch den Teheraner Sicherheitsbehörden dazu, unliebsame Gegner zu identifizieren. Politische Bewegungen im Cyberraum müssen daher wie herkömmliche politische Massenbewegungen gut organisiert und strukturiert sein, um effektiv zu sein.
- „Google kämpft für Internet-Freiheit!“: Auch wenn das Unternehmen Google in einigen Fällen soziale Ziele verfolgt, tut es das nur, wenn diese gut für das eigene Image und Geschäft sind und sich in Profit umwandeln lassen. Ist dies, wie z.B. in Thailand, nicht der Fall, dann spielt auch Google – wenig beachtet von der Weltöffentlichkeit – brav nach den Regeln der Zensoren.
- „Das Internet zieht Regierungen zur Verantwortung!“: Das Internet mag zwar viele Informationen für den Bürger zur Verfügung stellen, jedoch entscheiden Regierungen immer noch, welche Informationen sie preisgeben. So stand zuletzt sogar die Obama-Administration in der Kritik, die zwar Zahlen zu Pferdepopulationen in den USA veröffentlichte, aber kontroverseres Material zu Öl- und Gasfeldern einbehält.
- „Das Internet verbessert politische Partizipation!“: Die Leichtigkeit, mit der im virtuellen Raum kommuniziert wird, verleitet auch zu oberflächlichen Diskussionen. Manchmal untergräbt sie damit sogar Wahlkampagnen in der realen Welt, da sie Kräfte in falsche Bahnen lenkt. Zudem tendieren Internetnutzer vermehrt dazu, ihren Informationsbedarf durch inoffizielle Quellen – wie z.B. ihre Facebook-Freunde – zu stillen. Dies schadet der Meinungsbildung mehr, als es der öffentlichen Debatte gut tut.
- „Das Internet macht teure internationale Berichterstattung überflüssig!“: Aggregatoren wie Google News sammeln internationale Nachrichten von zahlreichen internationalen Quellen. Doch die politische Berichterstattung aus dem Ausland krankt daran, dass geschulte Moderatoren fehlen, um dem Nutzer eine Orientierung in der Flut schwer verständlicher Informationen zu ermöglichen.

Das für alle zugängliche Internet, wie wir es heute kennen, ist bedroht. Denn internationale Konzerne versuchen, mit ihren Rechtsanwälten ausländischen Nutzern den Zugang zu ihren Seiten zu erschweren. Zudem sind Internetpioniere wie Facebook, Twitter und Google amerikanische Unternehmen. Oft wird im Ausland ihrer Tätigkeit mit Misstrauen begegnet, da gefürchtet wird, dass sie einer gewissen politischen Agenda dienen. So bestehen schon jetzt Länder wie China, Kuba, der Iran und die Türkei auf ihre „Internet-Souveränität“, um dem Einfluss westlich kontrollierter Produkte zu entgehen. [Mehr...](#)

Pro & Contra:

Führen Truppenaufstockungen in Afghanistan zum Frieden?

Pro: Entsprechende Aufstockungen können das Land befrieden

Report on Progress Toward Security and Stability in Afghanistan, *US Department of Defense*, 26.04.2010

Der Halbjahresbericht des US-Verteidigungsministeriums gibt an, dass sich die Afghanen in ihrem Land heute sicherer fühlen als je zuvor, trotz eines 87%-Anstiegs der Gewalt im Vergleich zum Vorjahr. Dies ist auf die vermehrte Aktivität der ISAF-Truppen zurückzuführen. Die laufenden Truppenaufstockungen sind somit der richtige Ansatz um das Land zu befrieden.

Bis August werden die US-Truppen eine Stärke von 98.000 Soldaten erreicht haben. Bis Oktober wird die afghanische Armee 134.000 Soldaten zählen, während 109.000 afghanische Polizisten bereit stehen werden. Die NATO und andere internationale Partner stellen bisher 46.500 Mann und haben 9.000 weitere zugesagt. Schwachstellen bestehen jedoch im Bereich der Zusammenarbeit des Militärs mit zivilen Experten. Ihre Anzahl liegt bei momentan nur 992 Helfern, doch bestehen Pläne, noch mehr Zivilexperten ins Land zu bringen, sobald es die Sicherheitslage erlaubt. Vor allem afghanische Kräfte sollen über die nächsten 18 Monate weiter aufgestockt werden (171.600 - afghanische Armee, 134.000 - afghanische Polizei, bis Oktober 2011), während die Anzahl internationaler Truppen nur bis Juli 2011 weiter anwachsen soll. Bis zum Sommer 2011 möchte die internationale Gemeinschaft einen Scheitelpunkt erreicht haben, der den schrittweisen Transfer der Aufgaben an nationale Sicherheitskräfte sowie den langsamen Abzug US-amerikanischer und internationaler Truppen ermöglicht. [Mehr...](#)

Contra: Keine Aufstockungen: Ausweg lokale Verteidigungskräfte!

Seth G. Jones, Community Defense in Afghanistan, *Joint Force Quarterly*, April 2010

Die Vorstellung, dass eine Aufstockung der nationalen Truppen Afghanistan jemals befrieden wird, ist realitätsfern. Rein rechnerisch bedarf es 660.000 Sicherheitskräfte, um das Land mit seinen 33 Mio. Einwohnern gegen Aufständische zu verteidigen. Momentan liegt die Truppenstärke gerade bei einem Drittel des Benötigten. Auch internationale Truppen können diese Lücke nicht füllen, selbst wenn die Anzahl der ISAF-Soldaten noch weiter erhöht wird. Denn die meisten Afghanen sehen die ausländischen Militärs immer noch als Besatzer und bekämpfen sie deshalb vehement.

Einen Ausweg jedoch gibt es, den der Westen bisher übersehen hat. Denn ein Staatswesen im westlichen Sinne gibt es nicht in diesem Land, das die Geschichte aus sich gegenseitig bekämpfenden Stammesverbänden zusammengeschustert hat. Ein völlig anderer sicherheitspolitischer Ansatz ist nötig, der in den lokalen Gemeinschaften und nicht in Kabul anzusiedeln ist: lokale Verteidigungskräfte (*local defense forces*) müssen entstehen. Diese sollten sich an historischen Vorbildern orientieren, wie den Verbänden, die unter der Musahiban-Dynastie 1929-1978 für relative Sicherheit selbst in ländlichen Gegenden sorgten. Gerade in den von den Aufständen am stärksten betroffenen paschtunischen Gegenden gibt es allein fünf verschiedene traditionelle Verteidigungsformen auf der Stammesebene, die ausbaufähig sind. Um jeglichen Anschein einer Einmischung von außerhalb von Anfang an zu vermeiden, müssen sich diese Verbände auch lokal finanzieren können, ähnlich der Arbakai-Verbände im südlichen und östlichen Afghanistan in den 1960er und 1970er Jahren. Im Notfall bedürften sie zwar immer noch der Unterstützung durch kleinere nationale oder internationale Truppenverbände, jedoch können sie die Hauptlast der Sicherheitsaufgaben im Land durchaus tragen. [Mehr...](#)

Anmerkung der Redaktion: Interessant ist diese Debatte auch deshalb, weil sie innerhalb des US-Militärs geführt wird, wie das Stück des US-Verteidigungsministeriums im Vergleich zu der Publikation im *Joint Force Quarterly*, herausgegeben von der National Defense University, beweist.

Indikatoren für die Beendigung von Aufständen

Ben Connable et al., *How Insurgencies End*, RAND, 22.04.2010

Innerstaatliche Konflikte sind weltweit auf dem Vormarsch. Daher wird die Frage, wie Aufstände ablaufen, für die Militär- und Polizeieinheiten der Zukunft überlebenswichtig sein.

Pseudodemokratien beispielsweise tun sich vergleichsweise schwer in der Bekämpfung von Aufständen. Ihre Erfolgsrate liegt bei lediglich 15%. Um die demokratische Fassade aufrecht zu erhalten, müssen sie oft auf effektive Maßnahmen zur Unterdrückung des Aufruhrs verzichten. Zudem untergräbt die Insurrektion ihre Demokratisierungsbemühungen. In jedem Bürgerkrieg ist die Unterstützung aus dem Ausland ausschlaggebend für den Erfolg einer Partei. Je unsicherer oder unregelmäßiger sie ist, desto schlechter sind die Erfolgschancen der betreffenden Gruppe. Aufstände, die mehr als zwei Parteien involvieren, dauern länger, sind gewaltsamer und schwerer zu lösen. Werden die Rebellen von anderen

Staaten unterstützt, steigen ihre Erfolgchancen um das Doppelte. Entzieht ihnen jedoch der Sponsor seine Hilfe, dann sind sie nur noch in einem von vier Fällen erfolgreich. Insurrektionen sind aussichtsreicher, wenn sie in ländlichen Gegenden stattfinden und klare hierarchische Strukturen besitzen. Wichtig ist ebenfalls, dass die Aufständischen im Notfall über Zufluchtsorte verfügen. Terrortaktiken allerdings sind nur dann erfolgreich, wenn sie selektiv gegen bestimmte Ziele eingesetzt werden und keine massiven Verluste unter der Zivilbevölkerung verursachen. Gute Indikatoren für eine baldige Beendigung eines Konfliktes sind die Anzahl der Überläufer, Deserteure und Spione. Ganz wesentlich ist auch die Bereitschaft der Bevölkerung, mit staatlichen Stellen durch Informationsaustausch zu kooperieren.

Aufstände dauern in der Regel zehn Jahre. Die Chancen der Regierung, den Kampf zu gewinnen, steigen mit der Dauer eines Konflikts. Die Regierungen, die keine Hilfe aus dem Ausland erhielten, waren tendenziell erfolgreicher als andere. Ist der Wendepunkt im Konflikt erst nach zehn Jahren erreicht, dauert es meist noch sechs weitere Jahre, bis die letzten Reste des Aufstands ausgelöscht sind. Nur die konsequente Anwendung von COIN-Maßnahmen (*counter-insurgency measures*) kann den Ausgang eines Konfliktes positiv beeinflussen. Zentral ist hier der Gebrauch von indirekten Taktiken und Strategien, um die Zivilbevölkerung bewusst von den Rebellen abzugrenzen. [Mehr...](#)

Nebenwirkung des Militärs: mehr Energie für Entwicklungsländer

Roy H. Adams III et al., Battlefield Renewable Energy: A Key Joint Force Enabler, *Joint Force Quarterly*, April 2010

Eine recht ungewöhnliche Nebenwirkung bringen die Bestrebungen des US- Militärs mit sich, im Einsatz verstärkt auf grüne Technologien zu setzen: Sie können die Energieversorgung in Entwicklungsländern wesentlich verbessern. Durch ihren Beitrag zur lokalen Energiesicherheit erlauben sie dem Militär, das Image der USA und des Westens in den Gastländern entscheidend aufzuwerten. Denn Energiearmut ist ein großes Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung in vielen armen Ländern, in denen US-Soldaten aus sicherheitspolitischen Erwägung tätig ist.

Eigentlich dient der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien in Einsätzen vor allem dazu, Verluste zu mindern. Denn vor allem die Versorgungslinien zu entlegenen Außenposten, die mit Treibstoff versorgt werden müssen, sind ein beliebtes Ziel für Angriffe Aufständischer. Es bietet sich in diesem Zusammenhang für Kommandeure vor Ort eine einzigartige Gelegenheit, die Einheimischen für sich zu gewinnen: Zum einen dient der Aufbau autonomer Energieversorgung aus erneuerbaren Energien der Eigenversorgung, zum anderen kann diese Technologie durch Militärpartnerschaften in den Gastländern eingeführt werden. Vor allem taktische Solar-PV-Systeme, die relativ leicht in der Handhabung sind, sowie Biomasse-Konversion, die auch zum Umweltschutz beiträgt, sind in diesem Zusammenhang erfolgversprechend. Projekte dieser Art, die sich an dem USAID Projekt in der nigerianischen Provinz Jigawa orientieren könnten, würden auch den Wiederaufbau in den von Kriegen gebeutelten Ländern beschleunigen und somit konkret zur internationalen Sicherheit beitragen. Ihr Potential ist enorm, vor allem da sie die Abhängigkeit der ärmeren Bevölkerungsschichten beispielsweise in Afrika von traditionellen, teuren Energiequellen verringern würden. Auch bei Einsätzen im Zusammenhang mit Naturkatastrophen, wie beispielsweise nach dem Erdbeben in Haiti, kann die lokale Bereitstellung von autonomen, erneuerbaren Energiequellen für die Bevölkerung die militärischen Einsatzkräfte populärer machen und damit ihre Effektivität erhöhen. Es ist höchste Zeit, dass militärische und politische Entscheidungsträger diese Chance begreifen und ergreifen. [Mehr...](#)

Frauen verbessern die Bilanz bei multinationalen Konzernen

Isobel Coleman, The Global Glass Ceiling: Why Empowering Women is Good for Business, *Foreign Affairs*, Mai/Juni 2010

Multinationale Konzerne dürfen Corporate Social Responsibility Programme nicht länger als Image Kampagnen abtun. Sie müssen einsehen, dass zum Beispiel die Finanzierung von Ausbildungs- und Trainingsprogrammen für weibliche Führungskräfte gut für die Unternehmensbilanz ist. Dies ist vor allem in Entwicklungsländern der Fall. Wenn Frauen dort selbst verdienen und ihr Einkommen eigenständig verwalten können, führt dies zu einer Reihe entwicklungspolitisch begrüßenswerter Entwicklungen: Geburtenraten und

Kindersterblichkeit sinken, die Ernährung von Familien wird besser gewährleistet, die Wirtschaft erhält neuen Schwung und der Teufelskreis der Armut wird unterbrochen.

Doch damit dies nicht nur Theorie bleibt, müssen sich multinationale Konzerne verstärkt für Frauen einsetzen, vor allem in den Entwicklungsländern. Wollen diese Unternehmen an den Erfolg von Firmen wie Nike und deren immens populärer Nike-Stiftung anknüpfen, dann müssen sie schnell konkrete Schritte unternehmen: Fünf Handlungsempfehlungen zeigen hier den Weg, da Fragen der Gleichberechtigung in Entwicklungsländern anders gehandhabt werden müssen als im Westen:

1. Neue Kriterien zur Bemessung des Erfolges: Wichtig ist, ob Frauen die Erlaubnis männlicher Familienmitglieder brauchen, um arbeiten zu dürfen, ob sie Ausweise besitzen und ihr Geld selbstständig ausgeben dürfen.
2. Einsatz der Frauen: Sie sollten in Bereichen eingesetzt werden, in denen Sie besonders effektiv sind, z. B. im Vertrieb.
3. Ausbildung und Dienstleistungen für Frauen verbessern: Banken sollten nicht nur Kredit- sondern auch Sparprodukte speziell für Frauen anbieten. Training für weibliche Führungskräfte in der Wirtschaft sowie Hochschulbildungsangebote ermöglichen das Heranwachsen einer neuen Generation weiblicher Businessleader.
4. Tabuthemen nicht ignorieren: Unangenehme Themen wie Mitspracherechte bei der Fortpflanzung müssen angesprochen werden. Denn nur Gesellschaften mit einem ausgeglichen Verhältnis von Männern und Frauen sind politisch stabil und wirtschaftlich interessant.
5. Mit bereits etablierten NGOs im Bereich der Frauenförderung zusammenarbeiten (z.B. CARE): Dies spart Zeit und Ressourcen bei der Entwicklung eigener Programme.

Möglicherweise wird es noch Generationen dauern, bis die Gleichberechtigung weltweit durchgesetzt ist. Doch eines ist jetzt schon sicher: Unternehmen und Märkte werden enorm davon profitieren. [Mehr...](#)

Die Santiago-Prinzipien bei Staatsfonds müssen eingehalten werden

Sven Behrend, Sovereign Wealth Funds and the Santiago Principles, *Carnegie Endowment*, Mai 2010

Die freiwilligen Verhaltensregeln beim Management von Staatsfonds (*sovereign wealth funds*), die in den Santiago-Prinzipien vereinbart wurden, werden nur von vier der 26 Unterzeichnerstaaten konsequent befolgt. Vor allem Neuseeland, Australien, Irland und Norwegen haben sich hier ausgezeichnet (äquivalent 20% des Gesamtvermögens der Gruppe). Doch die Einhaltung der Prinzipien durch die Mehrzahl der Staaten lässt sehr zu wünschen übrig. Da die Santiago-Prinzipien als Prüfstein der Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft gelten, Finanzreformen wirklich durchzuführen, sollte das G20-Treffen in Toronto alle Beteiligten dazu anhalten, ihren Verpflichtungen gezielter nachzukommen.

Die immensen Vermögenswerte, die mittlerweile in Staatsfonds verwaltet werden, stellen einen beträchtlichen Teil der internationalen Finanzlandschaft dar: Anfang 2010 beliefen sie sich auf 2,3 Billionen US-Dollar. Die Hälfte des verwalteten Vermögens jedoch fällt in den Zuständigkeitsbereich von Staaten, die die Prinzipien nur zu 60% erfüllen. Eine dritte Gruppe, zu der beispielsweise Russland gehört und die aus einem Fünftel der Unterzeichnerstaaten besteht, gibt nur rudimentär Auskunft über die Erfüllung ihrer Zusagen. Die Santiago-Prinzipien schränken die Autonomie einzelner Staaten in der Verwaltung ihrer Fonds durch Verhaltensregeln ein. Diese sollen Kritikern, die behaupten, dass die Staatsfonds dem Wirtschaftsimperalismus und den geopolitischen Machenschaften ihrer Eigner mehr dienen als der vernünftigen Verwaltung von Staatsvermögen, den Wind aus den Segeln nehmen. Bezeichnend ist, dass die Einhaltung der Vereinbarung vor allem in demokratischen Ländern gewissenhaft befolgt wird. Die arabischen Golfstaaten dagegen hinken hinterher. Es besteht somit eine direkte Korrelation zwischen dem Demokratisierungsgrad eines Landes und seiner Bereitschaft, sich an die Abmachung zu halten. Hingegen spielt der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung im jeweiligen Land keine Rolle. [Mehr...](#)

Rettet die Nabucco-Pipeline!

Katinka Barysch, Should the Nabucco pipeline project be shelved? *Centre for European Reform*, 05.05.2010

Einst das Flugschiff der europäischen Energiesicherheitsinitiative, ist es heute um die 3.300 km lange Nabucco-Pipeline nicht gut bestellt. Denn die Nachfrage nach Gas ist gesunken und die Finanzierung des Projektes ungewiss. Doch die EU begeht einen riesigen Fehler, wenn sie nicht den politischen Mut und die finanzielle Kraft aufbringt, die Nabucco-Pipeline zu bauen.

Die Nabucco-Pipeline stellt nicht nur einen Eckpfeiler der europäischen Bestrebungen nach Energiesicherheit dar, sie ist auch zentral für die Verbesserung der Beziehungen zu einer Reihe bedeutender Staaten. Am bedrohlichsten für die Zukunft der Pipeline ist, dass Russland mit einem rivalisierenden Projekt – dem South Stream – in den Startlöchern steht, um ebenfalls Gas aus dem Kaspischen Raum und Nahost nach Europa zu bringen. Das würde jedoch den Hauptzweck des Nabucco-Projektes untergraben, nämlich eine größere Unabhängigkeit von Gazprom in der Energieversorgung vor allem der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten. Wenn es gelingt, in dieser Region die Autarkie in Energiefragen zu stärken, wird dies den Zusammenhalt der Union stärken und die Differenzen der EU-Mitgliedsstaaten zum Thema Russland abschwächen. Für die Europäer ist die Nabucco-Pipeline ganz eindeutig dem South Stream vorzuziehen, weil das Projekt zudem die Beziehungen der EU zu Lieferantenstaaten wie Aserbaidschan und Turkmenistan (möglicherweise sogar dem Irak) wesentlich verbessern würde. Da die Pipeline durch das Gebiet der Türkei führen soll, würde das Nabucco-Projekt auch Ankara stärker an Europa binden. Somit ist das Projekt aus politischer wie wirtschaftlicher Sicht von ungeheurer Wichtigkeit für die EU. Denn sie wäre der Hauptnutznießer des Unterfangens, und nicht etwa die am Projekt beteiligten Firmen und Banken, die heute um das Überleben des Projektes ringen. Daher sollte sich die EU politisch wie finanziell viel stärker für die Rettung der Nabucco-Pipeline einsetzen, als sie dies bisher getan hat. [Mehr...](#)

G20 sollten auf die BRICK-Schwellenländer setzen

The G-20 in 2010: cementing the BRICKs of development, *Overseas Development Institute*, Mai 2010

Die G20-Staaten müssen bei ihrem Gipfeltreffen in Südkorea im November die Gunst der Stunde ergreifen, um die führenden Schwellenländer aktiver in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Denn bisher kranken die G20 daran, dass keine Mechanismen für die konkrete Mitarbeit der sogenannten BRICK-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Korea) bestehen. Des Weiteren müssen die Anliegen der einkommensschwachen Länder mehr Gehör bei der G20 finden als bisher.

Ein weiterer großer Schwachpunkt der G20 ist das Fehlen eines Forums für Business und Entwicklung, um Firmen Investitionsmöglichkeiten in Entwicklungsländern aufzuzeigen. Es müssen internationale Verhaltenskodizes und Standards entwickelt werden, die Privatunternehmen Orientierungspunkte für ihre Tätigkeiten in armen Ländern bieten. Angesichts der Finanzkrise brauchen die G20 dringend einen neuen Ansatz, um Privatfirmen verstärkt in die Entwicklungspolitik einzubeziehen. Dies könnte auch den Druck auf bereits ausgereizte öffentliche Haushalte verringern. Langfristig werden ohnehin der Privatsektor und vor allem die Entwicklungsfinanzierungsinstitute die Verantwortung für den globalen Aufschwung von der öffentlichen Hand übernehmen müssen.

Die G20 haben sich im Laufe der Finanzkrise 2009 als das Zentrum für wirtschaftspolitische Initiativen weltweit herauskristallisiert. Das Stimuluspaket der G20 hat möglicherweise zu einem Einkommenswachstum von 2.5% in Afrika geführt. Auch die Handhabung von Wechselkursen in G20-Ländern kann Einfluss auf die Geschicke der Entwicklungsländer haben. Sollte China den Renminbi um 10% aufwerten, könnte dies zu einem Wirtschaftswachstum von 0.25% BIP in Afrika führen. Andererseits werden es die Stabilisierungsmaßnahmen der G20 für den Finanzmarkt den Entwicklungsfinanzierungsinstituten (sowie ärmeren Ländern) schwierig machen, Kredite bei internationalen Banken zu bekommen. Die G20 müssen sich endlich bewusst werden, dass sie wesentlich dazu beitragen können, das internationale Wirtschaftsklima im Sinne der Entwicklungspolitik zu verbessern. Dementsprechend müssen sie jetzt auch handeln. [Mehr...](#)

Mehr Unternehmergeist für Entwicklungsländer

David S. Landes, *The Enterprise of Nations*, *Wilson Quarterly*, Spring 2010

Kritiker versuchen immer wieder, die wirtschaftliche Dominanz des Westens durch historische Zufälle zu erklären. Doch sie täten besser daran, die Lektionen dieses Erfolges eingehender zu studieren. Anstatt die Globalisierung als post-imperiale Erscheinung zu verteufeln, sollten Entwicklungsländer über die Ursachen des wirtschaftlichen Aufschwungs im Westen nachdenken.

Zentral bei dieser Entwicklung war und ist Unternehmertum (*entrepreneurship*). Doch dieser Unternehmergeist kann nur in solchen Ländern gedeihen, die auch bereit sind innenpolitische Reformen durchzusetzen. Manche ärmeren Länder machen es sich zu leicht, ihre eigenen Schwächen und Unzulänglichkeiten als das Resultat einer angeblichen Ausbeutung durch den Westen zu interpretieren. Dabei geht es für Entwicklungsländer gar nicht darum, die Entwicklungen im Westen zu imitieren oder den Anweisungen ausländischer Experten blind Folge zu leisten. Denn Nachahmung erfordert Verständnis und Wissen. Dies muss durch Investitionen in Bildung unterstützt werden. Damit sich Unternehmertum frei entfalten kann, sind klare Regeln erforderlich: Gesetze, die Eigentum und Urheberrechte schützen, müssen formuliert und in der Praxis durchgesetzt werden. Denn Kreativität und Eigeninitiative sind noch immer der Kern jeglichen erfolgreichen Unternehmertums. Es überrascht nicht, dass vor allem die Entwicklungsländer bisher wirtschaftlich erfolgreich waren, die diese Grundsätze beherzigt haben. Unternehmergeist floriert selbst dann, wenn er es mit offiziellen Einschränkungen zu tun hat. Diese aber dürfen nicht übermächtig oder erdrückend sein, wie im Fall vieler korrupter Regime. Der arabische Nahe Osten ist ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie einst blühende Kulturen und Wirtschaften durch Abschottung zu ihrem eigenen Untergang beitragen. Religiöser Fundamentalismus und kulturelle Isolation verhindern den wirtschaftlichen Aufschwung. Die weltweite Armut kann nur effektiv bekämpft werden, wenn die einheimische Produktion in Entwicklungsländern durch ein lebendiges Unternehmertum auf eigene Beine gestellt wird. [Mehr...](#)

Interessiert an weiteren Themen?

[Registrieren](#) Sie sich kostenlos bei unserem englischsprachigen Internet Think Tank atlantic-community.org! Lesen Sie Zusammenfassungen der besten weltweiten Pressekommentare zu aktuellen Themen der internationalen Politik und Globalisierung, netzwerken Sie mit politischen Vordenkern in Europa und Nordamerika, und publizieren Sie eigene Meinungsbeiträge und Studien.



ATLANTIC-COMMUNITY.ORG

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Jade Tänzler

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 246 303 633

Email: info@atlantische-initiative.org